



BASEL

— DIE NORDWESTSCHWEIZ —

13. bis 31. August 2013
Giuseppe Verdi Arena
Schinznach-Dorf
operschenkenberg.ch

0844 13 13 13
oder ticketcorner.ch

per
Schenken
berg

**GIUSEPPE VERDI
IL TROVATORE**



Ausland Obama geht zum Gegenangriff über
Ein wütender US-Präsident entlässt den Chef der Steuerbehörde. **Seite 7**



Sport Auch Basels Frauen spielen um den Cup-Sieg
Die Fussball-Frauen des FC Basel treffen morgen auf den FC Zürich. **Seite 17**



Basel-Stadt Rechsteiner empört über Fessenheim
Laut dem Appellationsgericht in Nancy darf das AKW weiter betrieben werden. **Seite 23**

FC Basel greift nach dem Pokal

Im Meisterrennen ist der FC Basel auf der Zielgeraden angekommen: Gegen Lausanne kam der Leader der Super League im eigenen Stadion zu einem mühelosen 2:0-Sieg. Mittelfeld-Strategie Fabian Frei schoss beide Tore. Am 26. Mai können die Basler mit einem Sieg im Spitzenspiel gegen GC alles klar machen. (BZ) **Seite 19**

Bürgerliche Angst vor Juso-Initiative

Die Baselbieter Bürgerlichen konzentrierten sich bislang auf den Wahlkampf. Nun aber merken sie, dass sie die Transparenz-Initiative ausser Acht gelassen haben, die am 9. Juni ebenfalls vors Volk kommt. SVP-Chef Oskar Kämpfer: «Wir haben keine Ressourcen für eine Kampagne.» (LSI) **Seite 21**

Direkte Hilfe für bedürftige Mieter

Finanziell schlecht gestellte Mieter sollen in Basel-Stadt künftig via Sozialhilfe unterstützt werden, damit sie ihre Wohnung berappen können. Dies wollen die vorberatenden Grossratskommissionen im neuen Wohnbaufördergesetz festschreiben. Nichts wissen wollen sie von einer Stiftung für günstigen Wohnraum. (BZ) **Seite 23**

HEUTE IN DER ZEITUNG

Börse	Seite 10
Todesanzeigen	Seite 14
Regionalsport	Seite 17
TV/Radio	Seite 36

@ www.bzbasel.ch



SALVATOR DI NOLFI/KEYSTONE

Schweiz nicht zu stoppen: Eishockey-Nati will jetzt in den Final

Die Schweizer Nationalmannschaft zog an der WM in Stockholm sensationell zum ersten Mal seit 1998 in die Halbfinals ein. Das Team von Sean Simpson (Mitte) setzte sich gegen Tschechien 2:1 durch und erreichte den am höchsten einzustufenden Erfolg im

hiesigen Eishockey. Am Samstag (19 Uhr) trifft die Schweiz nun auf die USA, die Vorjahressieger Russland im Viertelfinal gleich mit 8:3 abfertigten. Gegen die USA hat die Schweiz drei der letzten vier WM-Duelle gewonnen. (SI) **Seite 20**

Nun bekämpfen zwei Seiten die Pensionskassen-Sanierung

Landrat Im Baselbiet kommt Pensionskassen-Vorlage definitiv vors Volk

VON DANIEL HALLER

Im Kanton Baselland entscheidet das Volk über die Ausfinanzierung der kantonalen Pensionskasse (BLPK). Der Landrat hiess die Sanierung mit 58 zu 6 Stimmen bei 17 Enthaltungen gut und verpasste somit das Vier-Fünftel-Mehr. Er hatte aber zuvor be-

schlossen, die Sanierung des 2,3-Milliarden-Lochs in jedem Fall dem Volk vorzulegen.

Neben der Initiative der Gemeinden, die eine andere Finanzierungsform fordern, outeten sich gestern auch bürgerliche Kreise als Gegner der Vorlage. Sie kritisieren, dass die Sanierung Rentner und Angestellte

schone und die Steuerzahler zu stark belaste. Wortführer der Gruppe ist SVP-Landrat Hanspeter Weibel, mit an Bord sind Exponenten von GLP, BDP, FDP sowie der Jungliberalen. Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP) warnte vor einem juristischen Chaos, sollte die Vorlage an der Urne scheitern. **Kommentar rechts, Seite 25**

Kommentar

von Thomas Dähler



Es braucht den Kompromiss

Die rüden Worte, mit denen Finanzdirektor Adrian Ballmer gestern im Baselbieter Parlament seine Gegner abkanzelte, weisen darauf hin, dass die Nerven blank liegen. Die gereizte Stimmung ist ein schlechtes Rezept, um eine Mehrheit für die Sanierung des 2,3-Milliarden-Lochs in der staatlichen Pensionskasse zu gewinnen. Nach dem Sturm-lauf der Gemeinden gegen den Modus der Ausfinanzierung haben sich gestern die Gegner des Leistungsstandards der Kasse geoutet. Damit droht der Vorlage ein Waterloo. Regierung und Parlamentsmehrheit müssen an mehreren Fronten kämpfen, wenn sie die Sanierungsvorlage retten wollen.

Die Linke wollte sich gestern im Landrat die Schelte von SVP-Landrat Hanspeter Weibel nicht anhören. Sie verliess den Saal. Vor der Volksabstimmung verhängt dieses Rezept nicht. Es empfiehlt sich dringend, die Gegner ernst zu nehmen. Vieles, was die Gemeinden oder das gegnerische Komitee an Vorbehalten anbringen, ist berechtigt. Die Sanierungsvorlage ist ein Kompromisswerk. Regierung und Parlamentsmehrheit haben nur dann eine Chance, wenn es ihnen gelingt, dem Volk zu erklären, dass kein Weg an einem Kompromiss vorbeiführt. Ohne Abstriche geht es nicht. Auch bei jeder anderen Sanierungsvariante gäbe es Unzufriedene. Der Kanton Baselland kommt nicht darum herum, für die Sünden der Vergangenheit geradestehen und die Kasse seines Personals zu sanieren.

thomas.daehler@azmedien.ch

INSERAT

HEUTE UND MORGEN

15%

RABATT AUF DAS GESAMTE GARTENMÖBEL-SORTIMENT!*

Aktuelle Gartentrends auf über 1000m² Ausstellungsfläche.

SEIT 1943

70

JAHRE

MÖBEL HUBACHER

Möbel Hubacher AG
Rössliweg 43
4852 Rothrist
Telefon 062 785 77 77
www.moebel-hubacher.ch

möbel hubacher
Für jedes Zuhause die passende Welt.

* Aktion gültig bis 18.5.2013. Kumulierbar mit Abholrabatt, jedoch nicht mit bereits reduzierter Ware, anderen Aktionen oder bereits erteilten Aufträgen. Ausgenommen von der Aktion sind alle Jubiläumsangebote sowie einzelne Markenartikel.

Nun liegt der Ball beim Baselbieter Volk

BLPK-Sanierung Neben den Gemeinden betreiben auch bürgerliche Kreise Opposition

Landrat BL



VON DANIEL HALLER

So oder so: Das Volk stimmt über die Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) ab. Zumindest das ist nach der gestrigen Sitzung im Landrat klar. In dieser sowie in der öffentlichen Debatte zu Beginn der Woche zeichneten sich auch bereits die Fronten des kommenden Abstimmungskampfes ab: Auf der Befürworterseite stehen die Regierung und die Mehrheit des Landrats.

Bei den Gegnern finden sich einerseits die Gemeinden, die mit dem Liestaler Stadtpräsidenten Lukas Ott als Wortführer mit dem Referendum drohten, da die vorgeschlagene Art der Sanierung der BLPK für die Gemeinden zu grosse finanzielle Lasten bedeute (die bz berichtete). Zudem finden seit gestern bürgerliche Krei-

«Selbst eine Abstimmung im September lässt zu wenig Zeit, die Reform auf den 1. Januar in Kraft zu setzen.»

Adrian Ballmer, Finanzdirektor

se, die jahrelang verschleppte Sanierung schon das Personal und belastet den Steuerzahler zu stark.

Tiefere Leistungen gefordert

Letzteres machte Hanspeter Weibel (SVP, Bottmingen) zu Beginn der zweiten Lesung des BLPK-Gesetzes deutlich: Mit einem langen Exkurs, bei dem er sich auch von Landratspräsident Jürg Degen nicht unterbrechen liess, beklagte er, dass er gleich zwei Pensionskassen sanieren helfen müsse: als selbstständig Erwerbstätiger die eigene und als Steuerzahler jene des Kantons. Während Weibels Rede verliess die SP-Fraktion mehrheitlich den Saal.

Weibel erhielt zwar inhaltliche Unterstützung von Wirtschaftskammerdirektor Christoph Buser (FDP), der bemerkte, die Pensionskassenleistungen beim Kanton seien besser als für die gewerblich Angestellten. Doch hatte der Antrag Weibels, die Vorlage zurückzuweisen, damit die Regierung sie im letzten Quartal des Jahres «mit Abstrichen im Leistungs-



Finanzdirektor Ballmer kann die BLPK-Sanierung nicht abschliessen. KEN

■ ABSTIMMUNG: NEIN-KOMITEE GEGRÜNDET

Von **«Luxuslösung bei der Sanierung der BLPK»** sprach das Nein-Komitee, das im Anschluss an die Landratsitzung an die Öffentlichkeit trat. Noch sind viele Namen auf der Liste eingeschwärzt, da nicht alle den Schwenk von Zustimmung in der ersten Lesung zur Mitgliedschaft im Nein-Komitee so rasch mit ihrem Umfeld abstimmen konnten. Bekannt sind neben Wortführer **Hanspeter Weibel** (SVP)

die Landräte **Daniel Altermatt**, **Gerhard Schafroth** (beide GLP), **Marc Bürgi** (BDP), **Siro Imber** (FDP) sowie **Hector Herzog** (Präsident GLP), **Stefan Kaiser** (Präsident Jungliberale) und **Roland Tschudin** (Pensionskassenexperte). Sie kritisieren in erster Linie, dass die Rentner und die Arbeitnehmer, insbesondere die über 50-jährigen Chefbeamten bevorzugt werden. «Alle Chancen liegen bei den Versi-

cherten, alle Risiken beim Steuerzahler», betonte Weibel. Nach einer Ablehnung der Vorlage an der Urne könne man auf der Basis der vorhandenen Vorlage eine bessere Version erarbeiten. Den von der Regierung angemahnten Zeitdruck stellt das Komitee in Abrede: Auch andere Kantone seien noch nicht so weit. Zudem könne man mit einem neuen Finanzdirektor rascher und konstruktiver arbeiten. (DH)

teil» neu vorlege, keine Chance und unterlag mit 2 gegen 76 Stimmen. Weibel ist aber zur Opposition entschlossen und lud die Presse zu einer Medienkonferenz (siehe Kasten).

Mehrheit für Abstimmung

Die eigentliche Debatte drehte sich nicht mehr um den Inhalt der Reform, mit welcher der Kanton, die 86 Gemeinden und die weiteren angeschlossenen Organisationen das 2,3-Milliardenloch stopfen wollen. Vielmehr ging es um das von den Gemeinden angedrohte Referendum und den Antrag von Urs-Peter Moos (Freie Wähler, Binningen), die Pensionskassensanierung in jedem Fall dem Volk vorzulegen. SP, CVP, Grüne und GLP unterstützten die Idee, da man damit Zeit gewinne. Die SVP-Fraktion lehnte ab, da bei einer obligatorischen Abstimmung kein Referendumskomitee seine Position ins Abstimmungsbüchlein schreiben könne. Und die FDP-Fraktion fand, mit einer Abstimmung mache sich der Landrat selbst überflüssig.

Noch-Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP) – er scheidet auf Ende Juni aus dem Amt – erklärte: «Selbst eine Abstimmung im September lässt zu wenig Zeit, die Reform auf den 1. Januar in Kraft zu setzen.» Und falls dies nicht gelinge, warnte er unisono mit seinem Regierungskollegen Isaac Reber (Grüne), versinke der Kanton im juristischen Chaos. «Mutwilliges Verzögern ist unverantwortlich», betonte Ballmer.

Die emotionale Heftigkeit der Diskussion über die Abstimmung am Vormittag endete am Nachmittag damit, dass der Antrag Moos mit 47 Ja zu 25 Nein-Stimmen angenommen wurde. So wollte also der Landrat das Volk in jedem Fall abstimmen lassen. Doch es kam anders: Mit 58 Ja gegen 6 Nein bei 17 Enthaltungen erreichte die BLPK-Sanierung die Vierfünftel-Mehrheit nicht. Damit kommt sie, auch ohne den Antrag von Moos, an die Urne.

Signal an die Gemeinden

Mit der Annahme einer dringlichen Motion von Klaus Kirchmayr (Grüne, Aesch), welche die Regierung verpflichtet, für Gemeinden und die weiteren der BLPK angeschlossenen Organisationen Informationsveranstaltungen abzuhalten, schickte der Landrat ein Signal in Richtung Gemeinden mit der Absicht, die emotionale Komponente aus der Diskussion zu nehmen.

Aufsteller



Nun ist es ja nicht so, dass sich die braven **Kicker des FC Landrat** allzu oft mit Ruhm bekleckern. Die aktuelle Niederlagenserie dürfte sich irgendwo in der Grössenordnung der Zahl 20 bewegen. Doch für einmal gab es am Mittwochabend aus der hintersten Ajoie tatsächlich eine Erfolgsmeldung. Nein, nicht einen Sieg, aber immerhin eine **triumphale Aufholjagd** legten die Mannen (und mit **Julia Gosteli** eine Frau) von Spielertrainer **Hannes Schweizer** auf den Rasen hin. 0:4 stand es im Duell mit den jurassischen Parlamentariern im Dauerregen von Courtemaiche, als sich die Rampasse ein Herz fassten und unter magistraler Regie von **Michael Herrmann** Tor um Tor aufholten. 5:7 lautete am Schluss das Skore, und wenn gestern im Landrat gewisse Parlamentarier mit ganz schmalen Augen die Sitzung verfolgten, so lag das nicht nur am läuferischen Einsatz bis zur letzten Minute, sondern auch an einer weit nach Mitternacht erfolgten ausserplanmässigen **Irrfahrt** über die Jurahöhen zurück ins Baselbiet.

Ablöschter



Als FDP-Regierungsrat **Adrian Ballmer** in der Hitze der BLPK-Debatte seine Jungfreisinnigen als «Splittergruppe» bezeichnete, löste er noch allgemeine Heiterkeit aus. Dass er aber all jene in Opposition zur Vorlage stehenden Landräte einer «Borderline-Fraktion» zuordnete, kam bei den Betroffenen ziemlich schlecht an – ist doch «Borderline» die psychiatrische Bezeichnung für eine Persönlichkeitsstörung, die sich unter anderem durch Schwarz-Weiss-Denken, gestörte zwischenmenschliche Beziehungen und Impulsivität auszeichnet.

Aus dem Landrat

Initiative Teils ungültig

Die Initiative «für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» der Liga der Baselbieter Steuerzahler ist nur teilweise gültig: Das hat der Landrat, sehr zum Ärger der Liga, mit 41 zu 30 Stimmen bei 12 Enthaltungen beschlossen. Die Liga hatte die Initiative im Juli 2012 mit 2844 Unterschriften eingereicht und behält sich nun laut Mitteilung weitere Schritte vor. (BZ)

Schüler legen Schutzhelm weg

Gymnasium Münchenstein Eine Schülerabordnung war auf der Tribüne dabei, als der Landrat knapp 2,4 Millionen Franken für eine Erweiterung des bestehenden Schulpavillons des Gymnasiums Münchenstein bewilligte. Mit dem zusätzlich geschaffenen Schulraum wird nun auch in Münchenstein die Fünftageweche möglich sein, bevor an den Gymnasien die beschränkte Schulwahl gilt. Was die gymnasialen Tribünengäste ebenso freute: Das Parlament wandelte zudem einstimmig die Schülerpetition «Schule ohne Schutzhelm» in ein Postulat um, um zusätzlichen Druck auf die Regierung auszuüben, mit der versprochenen Sanierung des maroden Gymnasiums tatsächlich vorwärtzumachen.

Baudirektorin Sabine Pegoraro erläuterte, dass die Sanierung bis 2019 in den drei Phasen Sanierung der Aussenhülle, Innensanierung und Erweiterung erfolgen wird, wobei die Innensanierung zuerst dran kommt. Der Vorteil der Aufstockung ist, dass das Provisorium später andernorts wiederverwertet werden kann. (BOS)

Priorisierung frustriert Gemeinden

Wirtschaftsoffensive Vertreter der Gemeinden kritisieren die Informationspolitik der Regierung. Jene Kommunen, die ihre Aufgaben schon gemacht haben, würden benachteiligt.

VON BOJAN STULA

Die gute Nachricht ist: Der Baselbieter Landrat stellt sich voll hinter die Wirtschaftsoffensive der Regierung. Der entsprechenden Vorlage, die Kredite von insgesamt 7,5 Millionen Franken für deren Umsetzung vorsieht, stimmt er nach der Redeschlacht um die Sanierung der Pensionskasse locker mit 65 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

1,5 Millionen Franken sind für die Aufbauphase im laufenden Jahr vorgesehen. Mit weiteren 6 Millionen Franken soll die Wirtschaftsoffensive von 2014 bis 2017 untermauert werden. Die für das Projekt zuständige Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro erläutert den Zeitplan: Bis 2014 soll die Aufbauphase beendet sein

und danach die kantonale Wirtschaftsförderung «in den Normalbetrieb» übergehen. Noch in diesem Jahr sollen weitere Eckpunkte der Wirtschaftsoffensive definiert sein wie etwa die Zuordnung von Schlüsseltechnologien zu den jeweils geeigneten Entwicklungsgebieten, die Ausarbeitung eines Tax- und Investors-Guide sowie das Konzept für den angestrebten Onestop-Shop; also die alleinige Anlaufstelle für zahlungskräftige Investoren, die alle weiteren Schritte im Sinne des Investors koordiniert. «Langsam kommt der Drive der Wirtschaftsoffensive auch in der Verwaltung an», zeigt sich die FDP-Regierungsrätin zuversichtlich.

Kein Referendum in Sicht

Wenn es einen Misston im Jubelgesang auf die zuletzt erreichten Fortschritte in diesem wichtigsten aller Regierungsvorhaben gibt, so kommt dieser von eher unerwarteter Seite. Mehrere Landräte, so etwa Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser oder Aesch's Gemeindepräsidentin Marianne Hollinger (beide FDP), zeigen sich leicht irritiert

über die Informationspolitik der Regierung. Insbesondere sei mehreren Gemeinden die jüngst kommunizierte Priorisierung der Entwicklungsgebiete Dreispitz, ABB-Areal, Salina Raurica und Ergolz-Achse in den falschen Hals geraten. Gemeinden wie Allschwil, Laufen oder Aesch, die in Hollingers Worten «ihre Hausaufgaben bereits erledigt» und entsprechende Wirtschaftszonen bezugsbereit gemacht haben, befürchten nun, bei der Ansiedlung neuer Unternehmen links liegen gelassen zu werden. «Die Priorisierung heisst nicht, dass auf den nicht priorisierten Gebieten nichts passiert», entgegnet Pegoraro. Auf den vier Schlüsselarealen müsse jedoch die Entwicklung bis zur Bezugsreife beschleunigt werden. Buser seinerseits sieht es als selbstverständlich an, dass beim Verkauf von Industrieflächen an geeignete Investoren alle Gemeinden mit geeigneten Arealen gleich behandelt werden.

Der Verpflichtungskredit untersteht dem fakultativen Referendum, wobei laut Grünen-Landrat und Wirtschaftsexperte Klaus Kirchmayr niemand dieses ergreifen wird.

Schwarzarbeit besser bekämpfen

Initiative Nicht zufrieden ist der Landrat mit den Massnahmen gegen Schwarzarbeit. Deshalb überwies er gestern mit 71 Ja- und ohne Gegenstimmen eine dringliche parlamentarische Initiative von Daniel Münger (SP, Münchenstein) und Christoph Buser (FDP, Füllinsdorf) an die landrätliche Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission.

Die Gründe für die Baselbieter Missstände bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit (die bz berichtete) sehen die beiden Initianten unter anderem darin, dass die Zuständigkeiten bisher unklar geregelt waren. Die Zentrale Arbeitsmarktkontrolle (ZAK) und das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga) sollen künftig für getrennte Bereiche je allein zuständig sein. Die fürs Baugewerbe zuständige ZAK kann deshalb künftig festgestellte Verstösse direkt an sachlich zuständige Behörden wie AHV, ALV, Steuer- und Migrationsbehörden melden. Bisher musste sie dies via Kiga machen, was zu weitgehender Straffreiheit für Schwarzarbeit im Baselbiet führte. (DH)